

Die Peripherie hat heute keine Geduld mehr

Sollen alle S-Bahnhöfe im Kanton halbstündlich bedient werden? «Ja», sagt der Kantonsrat – «Ja, sofort», die Initianten.

Philippe Klein

Auf dem Streckennetz des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) sollen alle Bahnhöfe mindestens im Halbstunden-takt bedient werden. Dies verlangt die Volksinitiative «Halbstündliche S-Bahn für alle», die Mitte Mai an die Urne

Reklame

Mit
SWISSAID
wächst
Ihr
Geld.

In Form von Reis, Hirse
und Gemüse. Hunger ist nicht
Schicksal. PC 30-303-5.

www.swissaid.ch
SWISSAID 
Hilfe, die weiterhilft.



kommt. Die Forderung ist unbestritten – nur: Zu welchem Preis soll sie erfüllt werden?

«Mutter» der Initiative ist die Interessengemeinschaft Tössstallinie. Als der ZVV im Jahr 2006 die stündlich ver-

kehrende S43 zwischen Rüti und Wald durch einen Buskurs ersetzte, schlug dies im Tössstal hohe Wellen. Zusammen mit Ortssektionen der SP sammelte man Unterschriften für eine «Halbstündliche S-Bahn für alle». Seither fühlen sich das Tössstal, aber auch Teile des Furt- und Glatttals sowie des Weinlandes als Landregionen marginalisiert (siehe Kasten).

Den Ausbau koordinieren

Den Initianten geht es primär um folgende Teilstrecken: die S5 zwischen Oberglatt und Bülach, die S26 zwischen Bauma und Rüti sowie die S29 zwischen Seuzach und Stammheim. Auch der Kantonsrat will dort grundsätzlich den Halbstundentakt einführen. Daher hat er in einem indirekten Gegenvorschlag per 1. März 2009 diese Forderung in der Angebotsverordnung festgeschrieben. Die Zahl von heute 163 halbstündlich bedienten S-Bahn-Stationen (93 Prozent) soll demnach bis spätestens ins Jahr 2018 auf 173 anwachsen (98 Prozent). Lediglich die Bahnhöfe Sihlwald, Sihlbrugg und Zweidlen (120 Einwohner) würden davon ausgenommen.

Der Angebotsausbau soll gemäss Kantons- und Regierungsrat unter Einbezug der so genannten vierten Teiler-gänzung der S-Bahn in den Jahren 2013

bis 2018 vollzogen werden und mit weiteren nationalen Ausbaukonzepten des öffentlichen Verkehrs, zum Beispiel ein Ausbau der Strecke Zürich–Winterthur koordiniert werden. Ansonsten würden 55 Millionen Franken investiert, die längerfristig nicht sinnvoll zu nutzen wären, sagt der Regierungsrat.

So lange mögen die Initianten aber nicht warten. Sie verlangen eine Einführung innert drei Jahren. Dass man die halbstündliche Erschliessung ihrer Bahnhöfe von anderen Ausbauplänen abhängig machen will, ist ihnen ein zu vages Versprechen. Wie Kantonsrat Marcel Burlet (SP, Regensdorf) gestern vor den Medien ausführte, wurde bereits

1984 eine Volksinitiative mit selbem Inhalt eingereicht. Damals habe man die Forderung nach Verhandlungen mit dem Kanton zurückgezogen, wie Burlet sagte, «im Vertrauen darauf, dass das Begehren auch so erfüllt werde». In der Folge sei aber nichts geschehen, und mehr als 20 Jahre später müsse man die Forderung erneut aufs Tapet bringen. Burlet warnte: «Ein zweites Mal lassen wir uns nicht mehr über den Tisch ziehen.»

Für den Fall, dass die Volksinitiative scheitere, gibt sich Sandro Turcati, Präsident des Initiativkomitees kämpferisch: «Wir würden sehr genau schauen, ob der Regierungsrat seinen Zeitplan einhält und uns weitere Schritte offenhalten.»

Selbes Recht wie die Goldküste

Es waren kämpferische Töne, die das Initiativkomitee «Halbstündliche S-Bahn für alle» gestern Morgen an ihrer Medienkonferenz in Zürich anschlug. Kantonsrätin Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden) sagte etwa: «Längstens gehören die Gebiete im Tössstal, zwischen Oberglatt und Bülach und zwischen Seuzach und Stammheim nicht mehr zu den Randregionen. Sie haben die gleichen Bedürfnisse und Rechte wie die Menschen an der Goldküste.» Die Bevölkerung wolle vom Auto auf den öffentlichen Verkehr umsteigen und fordere daher den Halbstundentakt der S-Bahn. Betroffen seien gemäss Rihs-Lanz etwa 100 000 Menschen.

Peter Schwarzenbach, Betroffener aus Gibswil, ärgerte sich: «Nochmals 16 weitere Jahre auf halbstündliche Verbindungen zu warten, weil dies vom Ausbau der Strecke Zürich–Winterthur abhängig gemacht wird, das kann es nicht sein.»

Und Rico Croci, Gemeinderat von Wald, liess durchblicken, dass man durchaus bereit gewesen wäre, die Initiative zurückzuziehen, wenn die Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartements, Regierungsrätin Rita Fuhrer, die Initianten persönlich empfangen hätte. Croci sagte: «Erreicht haben wir, dass man uns im regionalen Fahrplanverfahren immerhin anhört. Es gibt mehr Transparenz und ein gewagtes Versprechen. Jetzt muss Konkretes kommen.» (pik)